

Dresdener Volkszeitung

Postfachamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1238

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsamt: Sächsl. Staatsbank, Dresden.
Haupt der Arbeiter, Anzeigebureau
und Beamten, H.-G., Dresden,
Gebrüder Reinhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen, Bescheiden, etc., ist es durch oder ohne Einschickung des Originals, hat bei der Begehr der Dresdener Volkszeitung keinen Einfluß auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Arten, Wägen und mehr“ anderwärts 1,50 M., monatlich 45 M., vierteljährlich 1,35 M., halbjährlich 2,70 M., jährlich 5,40 M. (Postgebühren inbegriffen).
Telegraphisch: Dresden Nr. 1238

Verkaufspreis: Einzelhefte: die 30 von 1000 Exemplaren
Preis 15 Pf., die 50 von 1000 Exemplaren 20 Pf., die 100 von 1000 Exemplaren 25 Pf., die 250 von 1000 Exemplaren 30 Pf., die 500 von 1000 Exemplaren 35 Pf., die 1000 von 1000 Exemplaren 40 Pf.

Nr. 224

Dresden, Freitag, den 25. September 1931

42. Jahrgang

Amerika und Japan

Ein Telegramm von Stimson

Wth. Tokio, 24. September.

In einem an das Ministerium des Äußeren gerichteten Telegramm über die Vorgänge in der Wandschurlei erklärt der amerikanische Staatssekretär Stimson, die Vereinigten Staaten wünschten keineswegs, sich in die Angelegenheiten Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage rufe bei den anderen Mächten schwere Besorgnisse rechtlicher und anderer Natur hervor. Er rate daher Japan, die Angelegenheit rasch beizulegen und nicht weitere Gewalt anzuwenden.

Wie verlautet, berät das japanische Kabinett gegenwärtig über die Antworten Stimson.

Zurückziehung der japanischen Truppen?

Genf, 24. September.

Der Völkerbundrat hat heute abend wiederum eine längere vertrauliche Sitzung abgehalten, in der sich insofern ein Fortschritt ergab, als die Ausräumung einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundrates auf eine noch nicht bestimmte Zeit des morgigen Tages möglich wurde.

Wie verlautet, soll die japanische Regierung in gewissen Punkten eine Zurückziehung ihrer Truppen ver-

nommen bzw. in Aussicht gestellt haben. Außerdem wurde in der heutigen Sitzung ein Antwortschreiben für die heute eingegangene Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson beschlossen und abgefaßt. Der Völkerbundrat gibt darin seiner Festriedigung über die amerikanische Aktion im Interesse der Erhaltung des Friedens Ausdruck. Es wird damit gerechnet, daß der Völkerbundrat mit Rücksicht auf den japanisch-chinesischen Konflikt bis Dienstag versammelt bleibt.

Waffenstillstand zwischen Nanjing und Nanton?

Moskau (über Rom), 24. September.

Nach einer Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion ist am heutigen Donnerstag eine Abordnung der Rangfingsregierung nach Nanton abgereist, um einen Waffenstillstand mit Nanton zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Japan abzuschließen. Der Abordnung gehören bedeutende Mitglieder der Kwantung und der Regierung an. Die Gerüchte, wonach Marschall Tschiang Kai-shek bereit sei, seinen Posten zu verlassen, sind vorläufig unbegründet geblieben.

Hurra, es wird gespart!

Schnüchtle der Kulturreaktion

Durch die Sparnotverordnung der sächsischen Regierung ist schon so manches geschehen, was unseren echt christlichen Leuten, wie überhaupt allen Feinden der Volksschule, recht gut gefällt. Zum Schaden der Jugend wird an den Volksschulen herumgespart, und den Volksschullehrern, die — abgesehen von den im Neuen Saß. Lehrerberein zusammengeschlossenen guten Kindern — bei unseren Reaktionären recht unbeliebt sind, hat man etwas Nüchternes ausgesprochen. Sparzeiten sind ja immer gute Zeiten für die Reaktionäre aller Art. Daher ist man mit dem Ersitzeln noch nicht zufrieden. Man wittert Morgenluft. Was im letzten Jahrzehnt an Fortschritten in der Schulwesen erreicht wurde, das soll jetzt gründlich beseitigt werden. So führte u. a. in einer von der Deutschnationalen Volkspartei veranstalteten Pressebesprechung der bekannte Scharfmacher und Reaktionär Syndikus Lögel aus, seit Jahren sei die Schulpolitik losgelöst worden von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes, deswegen hätte es zu einem finanziellen Zusammenbruch kommen müssen. Aber die sächsische Regierung habe sich davor gefürchtet, die akademische Bildung der Volksschullehrer zu beseitigen. Große Teile der Bevölkerung, einschließlich der einsichtsvollen Lehrer, hätten Verständnis für diese Maßnahme gehabt, die eine Ersparnis von 25 Millionen Mark gebracht habe.

Man weiß ja, wie groß seit jeher die Wut unserer Reaktionäre darüber gewesen ist, daß die akademische Lehrerbildung überhaupt eingeführt wurde, am liebsten wären ihnen der ausgebildete Unteroffizier in der Volksschule, der den Kindern Zucht und fromme Sitte einblies und sonst möglichst wenig. Die Hauptsache ist, daß den Kindern der „besseren“ Leute in den höheren Schulen eine genügende Bildung zuteil wird.

Noch deutlicher kommt in einer Entschließung der Ortsgruppe Groß-Dresden des Evangelisch-Lutherischen Landes-Schulvereins zum Ausdruck, was unsere Dunkelmänner alles für Schnüchtle haben. U. a. wird dort gesagt, daß der Unterricht, Sport und Spiel ohne Schaden für die Kinder wesentlich eingeschränkt werden könnten. Allerdings, bei den Kindern der Besitzenden mag das zum Teil zutreffen, die haben zu Hause genügend Pflege und Erholung, aber Proletarierkinder, die in einer überfüllten und engen Großstadtmwohnung hausen müssen. Können diese ganze Leber geschädigt werden, wenn gerade die Unterrichtsstunden eingeschränkt werden, die der gesundheitlichen Erhaltung der Jugend dienen sollen.

Außerdem wünschen diese guten Christen, daß, soweit Stellen eingespart werden, möglichst die weltlichen Lehrer und Schulleiter herausfliegen. Diese wären leichter entbehrlich als die erst christlichen Dienstgenossen.

und der Unterricht in der Lebenskunde könnte ganz verschwinden.

Wirklich Gemütsmenschen, diese Christen! Hier zeigt sich die ganze Unduldsamkeit dieser Gesellschaft, die jede Möglichkeit benutzen will, um alles, was nicht in ihre Kompyete tut, brutal beiseite zu drängen. Wenn es nach diesen Leuten geht, kommt der alte Zwang und Druck wieder, den wir aus der Vorkriegszeit kennen, in der man sogar Dissidentenkinder nahezu in den Religionsunterricht hineindrückte. Die richtige Antwort an die Adresse dieser Reaktionäre wäre es, wenn alle Eltern, die bisher nur aus Laueheit und Gleichgültigkeit ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmend ließen, nun endlich die schon längst gebotene Abmeldung vom Religionsunterricht vollzögen.

Die gefährliche Kaufkraftschrumpfung

In der erwähnten Pressebesprechung führte der Syndikus Lögel, nachdem er sich über die angebliche Steuerfreiheit der Konsumvereine, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt, beklagt hatte, aus, das Ende der Politik des heutigen Systems sei eine Einkommensenkung katastrophalen Ausmaßes, und daraus folge eine Kaufkraftschrumpfung, die zu niedrigen Steuern und anderen Ausfällen führen müsse. Auch unsere Meinung ist, daß durch die heute üblichen Sparmethoden die Gefahr vergrößert wird, daß unsere Wirtschaft immer noch mehr einschrumpft. Aber das ist auf der verhängnisvollen Bahn, die zum Niedergang der Wirtschaft führt, so weit gekommen sind, ist zum großen Teil die Folge der Lohnsenkungs- und Unternehmerrückzugspolitik. Er ist vielmehr ein eifriger Vertreter der Interessen der Unternehmer, die mit dem Schlußsatz „Gerunter mit den Selbstkosten!“ Löhne und Gehälter drockelten, wo sie das nur irgendwie tun konnten, und dann häufig vergaßen, auch die Preise entsprechend herabzusetzen. Vielleicht hält Herr Lögel seinen Freunden aus dem Unternehmertum einmal einen recht schönen Vortrag darüber, welche Gefahren die Kaufkraftschrumpfung für unsere ganze Wirtschaft bedeutet.

Wird es auch geschehen?

Die Vertrauensmänner des Christlich-sozialen niederösterreichischen Bauernbundes nahmen am Donnerstag in Gegenwart des Bundeskanzlers eine Entschließung an, in der es heißt, daß die Regierung die Pflicht habe, die Führer der Heimwehr, die oft Hochverrat betrieben hätten, strengstens zu bestrafen. Die niederösterreichische Landesregierung wird angefordert, alle ausländischen Helfer, ob Nationalsozialisten oder Kommunisten, abzuweisen zu lassen.

Spaltungsgefahren

Nicht Abgeordnete gegen den Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses

Wie wir in unserer Mittwochnummer berichteten, hat sich am Dienstag der sozialdemokratische Parteiausschuss mit den Spaltungsgefahren innerhalb der Sozialdemokratie beschäftigt. Gegen eine Stimme beschlossen die Vertreter der Agitationsbezirke, daß die Zugehörigkeit zur „Deutschen Friedensgesellschaft“ unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur SPD. Ebenso beschloß der Parteiausschuss gegen zwei Stimmen, daß die Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar sei mit Sonderbestrebungen, wie sie zum Ausdruck kommen durch Gründung und Unterstützung der „Freien Verlagsgesellschaft“, die als Herausgeberin der Wochenchrift „Fackel“ zeichnet. In der neuesten Nummer der „Fackel“ veröffentlichte nun die „Freie Verlagsgesellschaft“ und die Redaktion der „Fackel“ eine Erklärung, der sich folgende acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete angeschlossen haben: Dellinghaus, Portune, Dr. Rosenfeld, Dr. Siemsen, Seydewitz, Ströbel, Ziegler und Bergmann, Hamburg. In dieser Erklärung wird behauptet, daß der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses den Beginn eines Genügnungsterrors und einer Meinungsdictatur bedeute, dem entgegenzutreten die Unterzeichner als parteigenössliche Pflicht empfänden. Auch die Zugehörigkeit zur „Deutschen Friedensgesellschaft“ könne nicht als parteischädigend deklarieren werden. An alle, die mit den Unterzeichnern übereinstimmen, wird die Mahnung gerichtet, ihnen „bei dem schweren Werk zu helfen“.

Gehen wir auf die Argumente der acht ein:

Friedensgesellschaft und Marxistische Büchergemeinde

Im Sächsischen Volksblatt vom Mittwoch befreit Genosse Seydewitz zwar nicht, daß führende Mitglieder der „Deutschen Friedensgesellschaft“ parteischädigende Arbeit getrieben haben, er meint nur, einzelne Personen seien nicht die ganze Friedensgesellschaft, und es müsse gestattet sein, einer solchen pazifistischen Organisation anzugehören, „wenn man bedenkt, daß jeder Sozialdemokrat ohne Schädigung für seine Parteimitgliedschaft Mitglied in Kriegervereinen oder in bürgerlichen Sportvereinen sein kann“. Das sind schwache Argumente, denn erstens erscheint es der Sozialdemokratie sehr unerwünscht, daß SPD-Leute in solchen Vereinigungen sind, und zweitens müßte auch hier ein klarer Strich in dem Augenblick gezogen werden, da solche bürgerliche Vereinigungen aktiv und organisierend darauf ausgingen, die Sozialdemokratie zu spalten. Wegen der Haltung führender Leute in der Friedensgesellschaft gegen die SPD, hat bereits am 9. September der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich (Züringen) seinen Austritt aus der Friedensgesellschaft mit folgender Begründung erklärt:

Von der „Deutschen Friedensgesellschaft“ gehen Bestrebungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung „Das andere Deutschland“ erläßt, ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Ich bin nach dieser Arbeit der „Deutschen Friedensgesellschaft“ nicht mehr in der Lage, Mitglied der „Deutschen Friedensgesellschaft“ bleiben zu können. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt.

Von der Friedensgesellschaft wurde die „linkssozialistische Arbeitsgemeinschaft“ aus der Taufe gehoben. Daß sie nicht zur Verstärkung der SPD, gegründet wurde, beweisen die Angriffe der Gründer gegen die Partei. Daher schreibt ein anderer zur Opposition gehörender Genosse, nämlich Karl Böchel, in der Chemnitzer Volksstimme vom 23. September:

„Es kann und darf nicht geleugnet werden, daß führende Personen der Friedensgesellschaft die Sozialdemokratische Partei nicht nur in Keil und Spalt angegriffen und zerlegt, sondern auch den Versuch gemacht haben, durch die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ eine neue Partei aufzubauen. Daß diese neue Partei nichts anderes wäre als eine weitere furchtbare Schwächung der Kraft des Proletariats, bedarf für jeden verantwortungsbewußten Sozialdemokraten kaum der Erwähnung.“

Wenn Genosse Seydewitz alles bestritten oder in den Wind schlagen will, was ihm führende Genossen der sozialdemokratischen Linke sagen, dann sieht er unserer Ansicht nach hartnäckiger an gewissen Tatsachen vorbei, als in der Politik möglich und gut ist. Weniger einfach als mit der Friedensgesellschaft liegt es mit der „Fackel“ und der Marxistischen Büchergemeinde. Die „Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.“, die hinter den beiden Gründungen steht, will damit die Ideen der SPD-Opposition unterstützen und verbreiten. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn die beiden Gründungen nicht den Charakter einer Sonderorganisation anzunehmen drohten. Bei der